

KIRCHE IM KAMPF

Die Verfolgung des Christentums in der Sowjetzone

Von Dr. Anton Böhm

1945 konnte sich die evangelische Kirche in der Sowjetzone eine kurze Frist befreit fühlen. Noch war Stalins politische NEP-Periode, ein Erzeugnis patriotischer Wehrzweckpropaganda, nicht beendet, und so unternahm die Besatzungsmacht nichts gegen die Kirchen. Unmerklich hob eine zweite Periode an, gekennzeichnet durch die Absicht, die evangelische Kirche auf sanfte Weise zum sogenannten neuen Staat zu bekehren. Die volksdemokratieüblichen „fortschrittlichen Pfarrer“ wurden gesammelt, meist ehemalige Deutsche Christen, Querulanten, Gemaßregelte. Zugleich trachtete man die Kirche für die Friedensbewegung einzuspannen; aber sie konnte sich im ganzen gegen die Umfälschung des Friedens Christi auf die pax Sovietica erfolgreich wehren. Dann versuchte man, vergeblich, mit „diplomatischen“ Mitteln die Gemeinde gegen die kirchliche Obrigkeit aufzubringen und diese selbst in sich uneinig zu machen; verlockende Gespräche mit den Pfarrern und Landesbischöfen wurden unter Umgehung der Kirchenleitung in West-Berlin geführt. Aber man blieb trotzdem auf der Linie einer verhältnismäßigen Toleranz. Als, beispielsweise, im Lande Brandenburg der damalige Ministerpräsident Rudi Jahn (jetzt Vorsitzender des Bezirksrates Dresden) 1950 die Kirche in Brandenburg und Berlin und damit von der Kirchenleitung gewaltsam trennen wollte, wurde er von Grotewohl zurückgepfiffen.

Der große Plan

Man glaubte damals, die evangelische Kirche zu brauchen, denn man hatte einen Plan mit ihr: man wollte sie zum Widerstand gegen die sogenannte Remilitarisierung Westdeutschlands, lies: gegen die innere Konsolidierung der Bundesrepublik und ihre Zusammenarbeit mit dem Westen, mobilisieren. Und das gedachte man dadurch zu erreichen, daß man sie zu dem Kurzschluß verführte, die Einheit Deutschlands, aber eben jene, wie man sie in Karlshorst und Pankow verstand, sei die unerläßliche Voraussetzung für die Einheit der evangelischen Kirche. Der Plan war keineswegs absurd, konnte doch die Sowjetzonenregierung damit rechnen, daß ihm die Ansichten einiger führender Persönlichkeiten der evangelischen Kirche, so Niemöller und Heinemann, durchaus entsprachen. Es kam zu den bekanntesten schweren Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche, deren Ausgang keineswegs von Anfang an sicher war. Hätten nicht Männer wie Dibelius, Lilje, Wurm, Meiser, Haug, Asmussen und andere mit Festigkeit vertreten, daß die Pankower deutsche Einheit die Sowjetisierung ganz Deutschlands und damit auch die Unterdrückung der ganzen Kirche bedeuten würde - dann hätte sich der große Plan der östlichen Kirchenpolitiker vielleicht verwirklichen lassen.

Aber die evangelische Kirche spielte schließlich doch nicht die Rolle, die ihr Pankow zugedacht hatte. Die Periode der falschen Freundschaft endete daher etwa im Sommer 1952. Die zweite Parteikonferenz der SED im Juli und der FDJ-Kongreß in Leipzig zu Pfingsten bezeichnen den Übergang zu einer neuen, dritten Periode. Sie soll die Kirche in ein Organ des Staates verwandeln und die Lehrverkündigung in die Staatspropaganda „einplanen“. Was in den letzten Monaten geschehen ist, bedeutet das langsame Anlaufen jener Verfolgungsmaschine, die wir schon aus den Volksdemokratien kennen. Da sie überall nach dem gleichen Schema arbeitet, kann man den Verlauf unschwer voraussagen. Es beginnt mit Pfarrerverfolgungen unter kriminellen Vorwänden, mit der Unterdrückung jeglichen öffentlichen Wirkens der Kirche und besonders der Jugendarbeit, und es soll mit der Übernahme der Kirchenleitung durch Agenten des Regimes enden.

Den Pfarrerverhaftungen ging die Festnahme kirchenpolitischer Funktionäre voraus. Es verschwanden im SSD-Gewahrsam: Bruno Wolf, Leiter der Abteilung kirchliche Angelegenheiten beim Zentralkomitee der SED; Leisner, Referent für Kirchenfragen bei der Ost-CDU, und schließlich Ministerialrat Kurt Grünbaum, der frühere Leiter der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ bei der Sowjetzonenregierung. Grünbaum gehörte schon dem preußischen Kultusministerium an und ist Mitglied der Gesamtdeutschen, der Altpreußischen und der Berlin-brandenburgischen Synode.

Bekennende Pfarrer, bekenkende Jugend

Dann begann die Einsperrung von Pfarrern, deren Predigten bespitzelt worden waren - wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“. Wie viele Pfarrer in Haft sind, ist nicht genau zu ermitteln. Bekannt geworden sind u. a. die Fälle des Pfarrers der Groß-

schaft des Mansfelder Kombinats „Wilhelm Pieck“ (umgewandelt worden ist) nicht mehr zurück, und der Kirchengeschichtspräsident D. Kurt Aland von der Universität Halle gelangte auf einer Dienstreise nicht ans Ziel.

Der zweite Hauptstoß richtet sich gegen die kirchliche Jugendarbeit, besonders unter den Studenten. Die „Junge Gemeinde“, obgleich keine Organisation im herkömmlichen Sinn und ohne die üblichen Betätigungen weltlicher Jugendgruppen, wird offenbar als starke Gegenkraft gegen die materialistisch-marxistische Staatserziehung und insbesondere gegen die FDJ gewertet. Eben diese wird daher gegen die „Junge Gemeinde“ vorgeschickt, und sie handelt dabei mit bewährter Brutalität, unterstützt von der offenbar ebenfalls dazu kommandierten servilen Ost-CDU unter dem kaum getarnten SED-Agenten Generalsekretär Götting. Die phantastischsten Beschuldigungen werden auf sie gehäuft - jede von ihnen ist eine tödliche Bedrohung. Das FDJ-Organ „Junge Welt“ erklärte die kirchliche Jugend kurzerhand als „Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im US-Auftrag“. Bisher wurde kein allgemeines Verbot der „Jungen Gemeinde“ ausgesprochen; aber es werden nicht „nur“ von der Polizei alle größeren Zusammenkünfte verboten, Freizeit- und Ferienlager aufgelöst, Heime geschlossen, Jugendführer verhaftet (die Zeitschrift „Die Stafette“ ist bereits seit längerem eingestellt) - die FDJ organisiert vielmehr in der ganzen Sowjetzone

eine umfassende Boykott-, Verleumdungs- und Verhöhnungskampagne. Hauptschauplatz ist die Schule. An den Oberschulen z. B. „beschließen“ zentral gelenkte und schematisch durchgeführte Schulversammlungen unter dem Terror der FDJ, Mitglieder der „Jungen Gemeinde“, die sich nicht schriftlich zum Austritt aus dieser verpflichten, nicht zu den Prüfungen, vorab zum Abitur, zuzulassen, sondern sie auszustoßen und zwangsweise in sogenannte nützliche Arbeit zu stecken. Aber es gibt junge Menschen, die diesem Druck standhalten: 70 waren es in der Stadt Brandenburg, 30 in Königswusterhausen. Die FDJ ist mit Hilfe des SSD und unterwürfiger Paukerfiguren sogar zur Herstellung von belastendem Material übergegangen: In einem Ort in Sachsen ließ der Schuldirektor 16jährige Jungen und Mädchen unter dem Vorwand eines graphologischen Tests zwei Tage lang irgendwelche Sätze auf Zettel schreiben. Auf Grundlage dieser so gewonnenen Schriftproben stellten Fachleute des SSD gefälschte Briefe her, mit deren Hilfe die angeblichen Verfasser zum Austritt aus der „Jungen Gemeinde“ oder zu Spitzeldiensten gepreßt werden sollten.

In Sachsen ist die FDJ überhaupt besonders aktiv im Kirchenkampf. Sie entfaltete z. B. eine rüde Hetze gegen den evangelischen Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, D. Müller, weil die Leitung einer Anstalt der Inneren Mission für körperbehinderte Jugendliche in Magdeburg-Cracau „die Lektüre fortschrittlicher Literatur, das Anbringen von FDJ-

Fahnen u. habe. „W die Repu ihn zum einsetzt, Friedensl „Junge V Bücke, u leicht ek Volkspoli sion in Schweste gewiesen

Besond ganz offe Kirche in lichen Le Theologe gischen Berlin h dem gep synode Kirche D genehmig Spandau

Schon geplanter lichen Tä z. B. an tung der tungen i Verdräng staltung matische Vorentha Kirchend lichen Pe republik Grundlag Drohung Nichterfü setzung d die Abso über die schrittlic der Spitz scherper künftige

Die ka angefaß ters und Gläubige machtlos gesellsch sind, wo Durchsch fähigen Aber au Anzeiche treten m kehrtage bischof I zeitlich a seminars erster ka Pfarrer hetze“ z Pfarrer Magdebu Die ev einen B Tschuiko einigten lands ha nahmen zur Ver und die gewiesen scheidun

Was s lange vo in der „ ser Entw teidigung wurde k zu glaub haber d sicherhe Brief, z

RESUMEE

DER VERGANGENEN WOCHEN

Als Antwort auf die sowjetischen Friedensgesten entwickelte Präsident Eisenhower in einer Rede vor den amerikanischen Zeitungsverlegern in Washington einen Friedensplan, der in dem Vorschlag gipfelte, einen gemeinsamen Fonds für internationale Hilfe und den Wiederaufbau der Welt zu gründen, zu dem alle Staaten beitragen sollen. Voraussetzung hierfür sei der Abschluß eines ehrenhaften Waffenstillstandes in Korea, die Beendigung der direkten und indirekten Angriffe auf die Sicherheit in Indochina und Malaya und die Durchführung der allgemeinen Abrüstung.

Die Unterhändler der Vereinten Nationen und der kommunistischen Streitkräfte in Korea haben vereinbart, die im Oktober vergangenen Jahres abgebrochenen Waffenstillstandsverhandlungen am 25. April wiederaufzunehmen.

Bei den Wahlen zum japanischen Abgeordnetenhaus hat die Liberale Partei des Ministerpräsidenten Yoshida 199 Sitze erhalten und somit die absolute Mehrheit verloren, über die sie bisher verfügte. Insgesamt verloren die konservativen Parteien 23 Sitze, während die sozialistischen Parteien 23 gewannen; die Kommunisten, die bisher keinen Sitz hatten, errangen einen.

Der Generalgouverneur Pakistans, Ghulam Mohammed, enthob den Ministerpräsidenten Khwaja Nazimuddin „wegen Unfähigkeit“ seines Amtes und beauftragte den bisherigen Botschafter Pakistans in den Vereinigten Staaten, Mohammed Ali, mit der Bildung einer neuen Regierung. Während Mohammed Ali seine Ministerliste bereits zusammengestellt hat, weigert sich Nazimuddin, sein Amt aufzugeben.

Die Nationalistische Partei des südafrikanischen Ministerpräsidenten D. F. Malan hat bei den Parlamentswahlen 94 von 155 Sitzen erringen können. Sie hat damit die zu den geplanten verfassungsändernden Gesetzen notwendige

Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Die liberale Opposition, die United Party, erhielt 57 Sitze und die Labour Party vier Sitze.

Während einer Rede Peróns in Buenos Aires sind von bisher unbekannten Tätern auf der Placa del Mayo zwei Bomben zur Explosion gebracht worden, durch die sechs Personen getötet und über hundert verletzt wurden. Tausende von Anhängern des Diktators zogen danach durch die Straßen, versuchten die israelische Gesandtschaft zu stürmen und steckten die Gebäude der sozialistischen, der radikalen und der konservativen Parteileitung in Brand.

Der nach Stalins Tod zum stellvertretenden sowjetischen Außenminister ernannte Jakob Malik wird Andrej Gromyko als Botschafter in London ablösen. Die britische Regierung hat Malik bereits ihr Agreement erteilt.

Bei den Wahlen zum dänischen Folketing wurden die Sozialisten mit 62 Sitzen zur stärksten Fraktion. Die Regierung trat zurück.

Der politische Berater General Tschuikows für die Sowjetzone, Sonderbotschafter Semjonow, ist vom Kreml abberufen und durch den bisherigen Minister für Baustoffindustrie in der Sowjetunion, Pawel Judin, ersetzt worden. Judin war bisher gleichzeitig auch Chefredakteur der in Bukarest erscheinenden Kominform-Zeitung und hat den Ruf eines fanatischen Bolschewisten.

Die CDU hielt in Hamburg ihren vierten Bundesparteitag ab. Er fand seinen Höhepunkt mit der Rede des Bundeskanzlers, der über die Ergebnisse seine Amerikareise berichtete.

Bei der im Wahlkreis Leer erforderlich gewordenen Ersatzwahl zum Niedersächsischen Landtag siegte der Kandidat der Unabhängigen Wählergemeinschaft. Damit hat die SPD in Niedersachsen nach Bentheim und Wittmund den dritten Wahlkreis an die Opposition verloren.

STEUERAMTS-GLÄUBIGER

Nach monatelangem Warten hatte ich es gewagt, das Finanzamt an die Bearbeitung meines Lohnsteuerrück- erstattungsantrages zu erinnern. Und siehe da, schon nach wenigen Wochen flatterte mir die Antwort auf den Schreibtisch. Auf rosarotem Briefpapier, wohl versehen mit den unumgänglichen Aktenzeichen, teilte man mir, teils vorgedruckt und teils handschriftlich, mit höflichen aber entschiedenen Worten, mit, daß man für die Bearbeitung dieser Anträge noch keine Befugnisse gefunden hätte. Vermutlich werde man aber schon im nächsten

Forum

KROATISCHE HOFFNUNGEN

Zu dem Artikel „Kroatische Hoffnungen“ in Nr. 16 des „Rheinischen Merkur“ vom 17. April erfahren wir vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung:

wollte, wurde er von Grotewohl zurückgepfiffen.

Der große Plan

Man glaubte damals, die evangelische Kirche zu brauchen, denn man hatte einen Plan mit ihr: man wollte sie zum Widerstand gegen die sogenannte Remilitarisierung Westdeutschlands, lies: gegen die innere Konsolidierung der Bundesrepublik und ihre Zusammenarbeit mit dem Westen, mobilisieren. Und das gedachte man dadurch zu erreichen, daß man sie zu dem Kurzschluß verführte, die Einheit Deutschlands, aber eben jene, wie man sie in Karlshorst und Pankow verstand, sei die unerläßliche Voraussetzung für die Einheit der evangelischen Kirche. Der Plan war keineswegs absurd, konnte doch die Sowjetzonenregierung damit rechnen, daß ihm die Ansichten einiger führender Persönlichkeiten der evangelischen Kirche, so Niemöller und Heinemann, durchaus entsprachen. Es kam zu den bekannten schweren Auseinandersetzungen in der evangelischen Kirche, deren Ausgang keineswegs von Anfang an sicher war. Hätten nicht Männer wie Dibelius, Lilje, Wurm, Meiser, Haug, Asmussen und andere mit Festigkeit vertreten, daß die Pankower deutsche Einheit die Sowjetisierung ganz Deutschlands und damit auch die Unterdrückung der ganzen Kirche bedeuten würde - dann hätte sich der große Plan der östlichen Kirchenpolitiker vielleicht verwirklichen lassen.

Aber die evangelische Kirche spielte schließlich doch nicht die Rolle, die ihr Pankow zugedacht hatte. Die Periode der falschen Freundschaft endete daher etwa im Sommer 1952. Die zweite Parteikonferenz der SED im Juli und der FDJ-Kongreß in Leipzig zu Pfingsten bezeichnen den Übergang zu einer neuen, dritten Periode. Sie soll die Kirche in ein Organ des Staates verwandeln und die Lehrverkündigung in die Staatspropaganda „einplanen“. Was in den letzten Monaten geschehen ist, bedeutet das langsame Anlaufen jener Verfolgungsmaschine, die wir schon aus den Volksdemokratien kennen. Da sie überall nach dem gleichen Schema arbeitet, kann man den Verlauf unschwer voraussagen. Es beginnt mit Pfarrerverfolgungen unter kriminellen Vorwänden, mit der Unterdrückung jeglichen öffentlichen Wirkens der Kirche und besonders der Jugendarbeit, und es soll mit der Übernahme der Kirchenleitung durch Agenten des Regimes enden.

Den Pfarrerverhaftungen ging die Festnahme kirchenpolitischer Funktionäre voraus. Es verschwanden im SSD-Gewahrsam: Bruno Wolf, Leiter der Abteilung kirchliche Angelegenheiten beim Zentralkomitee der SED; Leisner, Referent für Kirchenfragen bei der Ost-CDU, und schließlich Ministerialrat Kurt Grünbaum, der frühere Leiter der Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ bei der Sowjetzonenregierung. Grünbaum gehörte schon dem preußischen Kultusministerium an und ist Mitglied der Gesamtdeutschen, der Altpreußischen und der Berlin-brandenburgischen Synode.

Bekennende Pfarrer, bekennde Jugend

Dann begann die Einsperrung von Pfarrern, deren Predigten bespitzelt worden waren - wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“. Wie viele Pfarrer in Haft sind, ist nicht genau zu ermitteln. Bekannt geworden sind u. a. die „Fälle“ des Pfarrers der Großberliner Marienkirche Reinhold George, des Vikars Johannes Althausen in Brandenburg, des Pfarrers Winterhagen in Hohenauen, des Studentenpfarrers Hamel in Halle, des Volksmissionars Brandt aus Lohmen in Mecklenburg, des Pfarrers Gestrich, des Pfarrers Drechsler aus Annaberg-Buchholz, des Diakons Dost in Leipzig. Die am häufigsten wiederkehrende Beschuldigung ist „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen“. Pfarrer Brandts Hauptbelastungen waren, besonders typisch, er habe „mit der Forderung, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen“, versucht, „einen Keil zwischen Bevölkerung und Staat zu treiben und die Kinder zu Feinden unseres demokratischen Staates zu erziehen“. Außerdem hatte er in seine Gemeindegebete eine Fürbitte für die Kriegsgefangenen eingeschlossen: damit habe er „unmißverständlich die Sowjetunion angegriffen“. Die Strafen sind drakonisch. Sechs Jahre für Schumann, sechs für Brandt, 10 für Drechsler, 12 für Gestrich. Es versteht sich, daß die Pfarrer nicht wegen ihres religiösen Bekenntens eingekerkert werden - oh, mitnichten, nein. Das abgeklapperte Totalitaristen-Verslein, das Braun und Rot einträchtiglich in solchen Fällen gebrauchten, wird auch in der DDR aufgesagt: Der Staat schützt die Kirche und das „wahre Christentum“, aber die politischen Pfarrer... usw.

In der letzten Zeit scheint man die Verhaftungen über die eigentlichen Seelsorgerkreise hinaus auch auf andere führende Männer im Kirchendienst ausdehnen zu wollen. So kehrte der kommissarische Leiter des Evangelischen Jungmännerwerkes in der Sowjetzone, Diakon Fritz Hoffmann aus Magdeburg, von einer Dienstfahrt zur vordiakonischen Ausbildungsstätte Schloß Mansfeld bei Eisleben (die inzwischen in ein Erholungsheim für die Beleg-

sen, Jugendführer verhaftet (die Zeitschrift „Die Stafette“ ist bereits seit längerem eingestellt) - die FDJ organisiert vielmehr in der ganzen Sowjetzone

stalt der Inneren Mission für Körperbehinderte Jugendliche in Magdeburg-Cracau „die Lektüre fortschrittlicher Literatur, das Anbringen von FDJ-

RESUMEE

DER VERGANGENEN WOCHEN

Als Antwort auf die sowjetischen Friedensgesten entwickelte Präsident Eisenhower in einer Rede vor den amerikanischen Zeitungsverlegern in Washington einen Friedensplan, der in dem Vorschlag gipfelte, einen gemeinsamen Fonds für internationale Hilfe und den Wiederaufbau der Welt zu gründen, zu dem alle Staaten beitragen sollen. Voraussetzung hierfür sei der Abschluß eines ehrenhaften Waffenstillstandes in Korea, die Beendigung der direkten und indirekten Angriffe auf die Sicherheit in Indochina und Malaya und die Durchführung der allgemeinen Abrüstung.

Die Unterhändler der Vereinten Nationen und der kommunistischen Streitkräfte in Korea haben vereinbart, die im Oktober vergangenen Jahres abgebrochenen Waffenstillstandsverhandlungen am 25. April wiederaufzunehmen.

Bei den Wahlen zum japanischen Abgeordnetenhaus hat die Liberale Partei des Ministerpräsidenten Yoshida 199 Sitze erhalten und somit die absolute Mehrheit verloren, über die sie bisher verfügte. Insgesamt verloren die konservativen Parteien 23 Sitze, während die sozialistischen Parteien 23 gewannen; die Kommunisten, die bisher keinen Sitz hatten, errangen einen.

Der Generalgouverneur Pakistans, Ghulam Mohammed, entthob den Ministerpräsidenten Khwaja Nazimuddin „wegen Unfähigkeit“ seines Amtes und beauftragte den bisherigen Botschafter Pakistans in den Vereinigten Staaten, Mohammed Ali, mit der Bildung einer neuen Regierung. Während Mohammed Ali seine Ministerliste bereits zusammengestellt hat, weigert sich Nazimuddin, sein Amt aufzugeben.

Die Nationalistische Partei des südafrikanischen Ministerpräsidenten D. F. Malan hat bei den Parlamentswahlen 94 von 155 Sitzen erringen können. Sie hat damit die zu den geplanten verfassungsändernden Gesetzen notwendige

Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Die liberale Opposition, die United Party, erhielt 57 Sitze und die Labour Party vier Sitze.

Während einer Rede Peróns in Buenos Aires sind von bisher unbekannten Tätern auf der Plaza del Mayo zwei Bomben zur Explosion gebracht worden, durch die sechs Personen getötet und über hundert verletzt wurden. Tausende von Anhängern des Diktators zogen danach durch die Straßen, versuchten die israelische Gesandtschaft zu stürmen und steckten die Gebäude der sozialistischen, der radikalen und der konservativen Parteileitung in Brand.

Der nach Stalins Tod zum stellvertretenden sowjetischen Außenminister ernannte Jakob Malik wird Andrej Gromyko als Botschafter in London ablösen. Die britische Regierung hat Malik bereits ihr Agreement erteilt.

Bei den Wahlen zum dänischen Folketing wurden die Sozialisten mit 62 Sitzen zur stärksten Fraktion. Die Regierung trat zurück.

Der politische Berater General Tschuikows für die Sowjetzone, Sonderbotschafter Semjonow, ist vom Kreml abberufen und durch den bisherigen Minister für Baustoffindustrie in der Sowjetunion, Pawel Judin, ersetzt worden. Judin war bisher gleichzeitig auch Chefredakteur der in Bukarest erscheinenden Kominform-Zeitung und hat den Ruf eines fanatischen Bolschewisten.

Die CDU hielt in Hamburg ihren vierten Bundesparteitag ab. Er fand seinen Höhepunkt mit der Rede des Bundeskanzlers, der über die Ergebnisse seiner Amerikareise berichtete.

Bei der im Wahlkreis Leer erforderlichen gewordenen Ersatzwahl zum Niedersächsischen Landtag siegte der Kandidat der Unabhängigen Wählergemeinschaft. Damit hat die SPD in Niedersachsen nach Bentheim und Wittmund den dritten Wahlkreis an die Opposition verloren.

Forum

KROATISCHE HOFFNUNGEN

Zu dem Artikel „Kroatische Hoffnungen“ in Nr. 16 des „Rheinischen Merkur“ vom 17. April erfahren wir vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, daß die zu der Feier des Kroatischen Nationalkomitees eingeladenen Bundesminister in gleichlautenden routinemäßigen Antwortschreiben abgesagt und keinerlei Glückwünsche ausgesprochen haben.

MÖGLICHST SACHLIEFERUNGEN

Herr Dr. V. Muthesius hat in dem Artikel „Unfreiwilliger Kapitalexport“ („Rheinischer Merkur“ vom 6. März 1953) Bedenken geäußert, daß die deutschen Exporte künftighin möglicherweise nicht auf einer erwünschten Höhe gehalten werden könnten, falls man nicht rechtzeitig Mittel und Wege fände, um den Auslandskunden langfristige Kredite einzuräumen. Dies setze die Schaffung eines Kapitalmarktes in Westdeutschland voraus.

Es ist klar, daß der Bund auf Grund der Bestimmungen des Londoner Abkommens mit den Auslands-gläubigern verpflichtet ist, auch unabhängig vom Vorhandensein eines Kapitalmarktes, Kapitalzahlungen in bestimmter Jahreshöhe an das Ausland zu leisten. Ich erblicke nun aber in dieser Verpflichtung des Bundes eine äußerst schwerwiegende Vorbelastung für den noch zu schaffenden deutschen Kapitalmarkt und hege die Befürchtung, daß die auf diesem Kapitalmarkt zum Angebot kommenden Auslandsdevisen zu einem ganz beträchtlichen Teil seitens des Bundes für die Amortisationsquoten an die Auslands-gläubiger abgeschöpft werden. Hierdurch wäre natürlich die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes hinsichtlich des Angebots an Auslandsdevisen für die Privatwirtschaft von vornherein beträchtlich verringert.

Es wirft sich daher die Frage der Zweckmäßigkeit einer - teilweisen oder gänzlichen - Abgeltung der deutschen Auslandsschulden durch Sachlieferungen auf. Dabei könnte der Wiedergutmachungsvertrag mit Israel als Vorlage dienen. An einer Abgeltung der Forderungen durch deutsche Sachlieferungen dürften besonders diejenigen Staaten interessiert sein, die in ihren noch unterentwickelten Gebieten langfristige Investitionsprogramme durchzuführen gedenken. Eine derartige Regelung würde auf alle Fälle den künftigen deutschen Kapitalmarkt von der gewaltigen Nachfrage der Bundes-Amortisationskasse für Auslandsschulden nach Auslandsdevisen befreien. Infolgedessen würden die auf dem Kapitalmarkt zum Angebot gelangenden Auslandsdevisen praktisch ausschließlich der deutschen Privatwirtschaft zur Verfügung stehen. F. Stolp, Salzburg

STEUERAMTS-GLÄUBIGER

Nach monatelangem Warten hatte ich es gewagt, das Finanzamt an die Bearbeitung meines Lohnsteuerrück- erstattungsantrages zu erinnern. Und siehe da, schon nach wenigen Wochen flatterte mir die Antwort auf den Schreibtisch. Auf rosarotem Briefpapier, versehen mit den unumgänglichen Aktenzeichen, teilte man mir, teils vorgelesen und teils handschriftlich, mit höflichen aber entschieden Worten, mit, daß man für die Bearbeitung dieser Anträge noch keine Zeit gefunden hätte. Vermutlich werde man aber schon im nächsten Monat damit beginnen, allein durch weitere Annahmenschreiben könnte die Bearbeitung nur verzögert werden. Dieses freundliche Schreiben brachte mir eine schlimme Nacht ein. Ich träumte nämlich, ich hätte in einem Zustand gänzlicher Unzurechnungsfähigkeit dem Finanzamt auf seine Steuermahnung geantwortet, daß ich zum Steuerzahlen noch keine Zeit gefunden hätte und durch weitere Mahnungen die Zahlung nur verzögert würde. Jeder säumige Steuerzahler wird schon wissen, daß dieser Traum nicht erfüllbar enden konnte. Als ich angstschweißgebadet erwachte, freute ich mich, daß es nur ein Traum gewesen war. Wie glücklich darf sich das Finanzamt schätzen, daß selbst seine Gläubiger sich noch als seine Untertanen fühlen. Sein Schlaf wird daher wohl nicht durch so schlimme Träume gestört werden, und es braucht also - getreu dem Grundsatz: „Was dem einen recht ist, ist dem andern noch lange nicht billig“ - seine sehr verschiedenen Gangschaltungen in den Abteilungen Steuer- „Einzug“ und Steuer- „Erstattung“ keineswegs zu ändern. R. H., Rheinland

AUSBEUTUNG DER EIFEL?

Zu dem Beitrag „Ausverkauf der Vulkaneifel“ in Ihrer Nr. 8: Von einem Ausverkauf kann keine Rede sein. Von den weit über hundert Vulkanvorkommen des Kreises werden noch keine zehn industriell aus- gebeutet. Es trifft auch nicht zu, daß nennenswerte Wald- bestände abgeholzt wurden, Kahlschläge gehen auf Kriegs- und Nachkriegsschäden zurück. Die Steineber- ger Ley, um deren Basaltvorkommen es geht, weist keinen Weg zu dem erwähnten Ringwall auf und wird nachweislich jährlich von keinen zehn Besuchern auf- gesucht. Wird aber der Steinbruch stillgelegt, so sind fünfzig Steineberger pro Woche mit 2000 DM zu unter- stützen! Dabei ist Steineberg die ärmste Gemeinde des Kreises! Allgemein gesagt, ist der Kreis Daun Not- standsgebiet und weist die höchste Arbeitslosenziffer des Landes auf. Wie bereits im Wirtschaftsplan dieser Zeitung ausgeführt wurde, gehen die Bimsvorräte des Neuwieder Beckens einmal zu Ende, und das Nächst- liegende ist, daß sie durch die Eifeler Vulkansande er- setzt werden. Darüber hinaus verwahren wir Eifler uns dagegen, wie in einem Naturschutzreservat konserviert zu werden. Zuerst kommt der Mensch, der ein Recht hat, menschenwürdig zu leben und an der kulturellen Entwicklung teilzunehmen genau wie der ihn be- suchende Städter. Dr. B. Dohm, Daun

KIRCHE IM KAMPF

Verfolgung des Christentums in der Sowjetzone

Von Dr. Anton Böhm

schaft des Mansfelder Kombinats „Wilhelm Pieck“ (umgewandelt worden ist) nicht mehr zurück, und der Kirchengeschichtspräsident D. Kurt Aland von der Universität Halle gelangte auf einer Dienstreise nicht ans Ziel.

Der zweite Hauptstoß richtet sich gegen die kirchliche Jugendarbeit, besonders unter den Studenten. Die „Junge Gemeinde“, obgleich keine Organisation im herkömmlichen Sinn und ohne die üblichen Betätigungen weltlicher Jugendgruppen, wird offenbar als starke Gegenkraft gegen die materialistisch-marxistische Staatserziehung und insbesondere gegen die FDJ gewertet. Eben diese wird daher gegen die „Junge Gemeinde“ vorgeschickt, und sie handelt dabei mit bewährter Brutalität, unterstützt von der offenbar ebenfalls dazu kommandierten servilen Ost-CDU unter dem kaum getarnten SED-Agenten Generalsekretär Götting. Die phantastischsten Beschuldigungen werden auf sie gehäuft - jede von ihnen ist eine tödliche Bedrohung. Das FDJ-Organ „Junge Welt“ erklärte die kirchliche Jugend kurzerhand als „Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im US-Auftrag“. Bisher wurde kein allgemeines Verbot der „Jungen Gemeinde“ ausgesprochen; aber es werden nicht „nur“ von der Polizei alle größeren Zusammenkünfte verboten, Freizeit- und Ferienlager aufgelöst, Heime geschlossen, Jugendführer verhaftet (die Zeitschrift „Die Stafette“ ist bereits seit längerem eingestellt) - die FDJ organisiert vielmehr in der ganzen Sowjetzone

eine umfassende Boykott-, Verleumdungs- und Verhöhnungskampagne. Hauptschauplatz ist die Schule. An den Oberschulen z. B. „beschließen“ zentral gelenkte und schematisch durchgeführte Schulversammlungen unter dem Terror der FDJ, Mitglieder der „Jungen Gemeinde“, die sich nicht schriftlich zum Austritt aus dieser verpflichten, nicht zu den Prüfungen, vorab zum Abitur, zuzulassen, sondern sie auszustoßen und zwangsweise in sogenannte nützliche Arbeit zu stecken. Aber es gibt junge Menschen, die diesem Druck standhalten: 70 waren es in der Stadt Brandenburg, 30 in Königswusterhausen. Die FDJ ist mit Hilfe des SSD und unterwürfiger Paukerfiguren sogar zur Herstellung von belastendem Material übergegangen: In einem Ort in Sachsen ließ der Schuldirektor 16jährige Jungen und Mädchen unter dem Vorwand eines graphologischen Tests zwei Tage lang irgendwelche Sätze auf Zettel schreiben. Auf Grundlage dieser so gewonnenen Schriftproben stellten Fachleute des SSD gefälschte Briefe her, mit deren Hilfe die angeblichen Verfasser zum Austritt aus der „Jungen Gemeinde“ oder zu Spitzeldiensten gepreßt werden sollten.

In Sachsen ist die FDJ überhaupt besonders aktiv im Kirchenkampf. Sie entfachte z. B. eine rüde Hetze gegen den evangelischen Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, D. Müller, weil die Leitung einer Anstalt der Inneren Mission für körperbehinderte Jugendliche in Magdeburg-Cracau „die Lektüre fortschrittlicher Literatur, das Anbringen von FDJ-

Fahnen und Bildern Stalins und Piecks“ verboten habe. „Wenn der Herr Bischof Müller glaubt, gegen die Republik arbeiten zu können, dann jagen wir ihn zum Teufel und fordern, daß man einen anderen einsetzt, der als Christ unsere Menschen für den Friedenskampf gewinnt“, schrieb das FDJ-Blatt „Junge Welt“. Der Hausvater der Anstalt, Günter Bück, und eine Schwester wurden verhaftet. Vielleicht ebenfalls auf Initiative der FDJ besetzten Volkspolizisten eine große Anstalt der Inneren Mission in Hüttengrund in Sachsen; die Diakonieschwester und das Personal wurden aus dem Hause gewiesen.

Besonders bezeichnend sind Verbote, deren Zweck ganz offenkundig die Lostrennung der evangelischen Kirche in der Sowjetzone vom geistigen und geistlichen Leben der Kirche im Westen ist. Der Deutsche Theologentag, der vom 10. bis 14. April an der Theologischen Fakultät der Humboldtuniversität in Ost-Berlin hätte stattfinden sollen, wurde drei Tage vor dem geplanten Beginn untersagt, und die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands mußte von Weimar, wo sie nicht genehmigt wurde, in das Johannisstift von Berlin-Spandau (Westzone) verlegt werden.

Die nächsten Verfolgungsziele

Schon zeichnen sich die Konturen weiterer vorplanter Maßnahmen ab: die Verweisung der kirchlichen Tätigkeit auf den Kultraum allein kündigt sich z. B. an durch die in der Praxis vollzogene Umdeutung der Anmeldepflicht für kirchliche Veranstaltungen in eine Genehmigungspflicht oder durch die Verdrängung des kirchlichen Einflusses auf die Gestaltung der Morgenfeier im Rundfunk; systematische Einschnürung der Seelsorge durch die Vorenthaltung von Zonenpässen für Männer im Kirchendienst und das Verbot von Zuzug kirchlichen Personals aus West-Berlin und der Bundesrepublik; die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen der Kirche durch die sich mehrenden Drohungen mit Enteignung der Kirchengüter wegen Nichterfüllung des Plansolls, ferner durch Herabsetzung des Kirchenetats um 5 Millionen und durch die Abschaffung des Rechts der Kirche, Auskunft über die Kirchensteuer zu verlangen. Auch die „fortschrittlichen Pfarrer“ werden wieder galvanisiert. an der Spitze der Hochschulprediger Lizentiat Kehnsherper (Potsdam); aus ihren Reihen sollen ja die künftigen Manager der Staatskirche hervorgehen.

Die katholische Kirche ist bisher noch weniger hart angefaßt worden, wohl wegen ihres Diasporacharakters und vor allem deswegen, weil die katholischen Gläubigen in der Sowjetzone fast zur Vollzahl sozial machtlosen Schichten angehören, wirtschaftlich und gesellschaftlich gesehen sogenannte „kleine Leute“ sind, wozu noch die entwurzelten und daher im Durchschnitt zu keinem Widerstand gegen den Staat fähigen Flüchtlinge aus den Sowjetgebieten kommen. Aber auch die katholische Kirche wird nach allen Anzeichen ebenfalls bald in eine Verfolgungszeit eintreten müssen. Die Schikanen und Verbote von Einkehrtagen, Exerzitien, Vorträgen mehren sich. Erzbischof Dr. Lorenz Jäger von Paderborn wurde polizeilich an einem Besuch des katholischen Priesterseminars in Halberstadt gehindert. Schon ist als erster katholischer Geistlicher des Bistums Berlin Pfarrer Franz Busch von Velten wegen „Boykott-hetze“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, und Pfarrer Friedrich Hildebrandt aus Kirchmöser bei Magdeburg ist verhaftet worden.

Die evangelischen Bischöfe der Sowjetzone haben einen Brief mit ernsten Vorstellungen an General Tschukow gerichtet. Die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hat am 21. April gegen die Verfolgungsmaßnahmen und insbesondere gegen die Hetzkampagne zur Vernichtung der Jungen Gemeinde protestiert und die Verleumdung der jungen Christen zurückgewiesen. Der Erfolg bleibt abzuwarten; die Entscheidung dürfte bei Moskau liegen.

Zerstörte Illusionen

Was sagen aber die führenden Illusionäre, die so lange voll Optimismus über die Zukunft der Kirche in der „östlichen Demokratie“ gewesen sind, zu dieser Entwicklung? Dr. Heinemann hat sich zur Verteidigung verhafteter Geistlicher angeboten. Er wurde kurz abgewiesen. Karl Barth, der noch immer zu glauben scheint, man könne die östlichen Machthaber durch Argumente erweichen, gab dem Staatssekretär der Sowjetzone Zisler in einem

RESUMEE

DER VERGANGENEN WOCHEN

Als Antwort auf die sowjetischen Friedensgesten entwickelte Präsident Eisenhower in einer Rede vor den amerikanischen Zeitungsverlegern in Washington einen Friedensplan, der in dem Vorschlag gipfelte, einen gemeinsamen Fonds für internationale Hilfe und den Wiederaufbau der Welt zu gründen, zu dem alle Staaten beitragen sollen. Voraussetzung hierfür sei der Abschluß eines ehrenhaften Waffenstillstandes in Korea, die Beendigung der direkten und indirekten Angriffe auf die Sicherheit in Indochina und Malaya und die Durchführung der allgemeinen Abrüstung.

Die Unterhändler der Vereinten Nationen und der kommunistischen Streitkräfte in Korea haben vereinbart, die im Oktober vergangenen Jahres abgebrochenen Waffenstillstandsverhandlungen am 25. April wiederaufzunehmen.

Bei den Wahlen zum japanischen Abgeordnetenhaus hat die Liberale Partei des Ministerpräsidenten Yoshida 199 Sitze erhalten und somit die absolute Mehrheit verloren, über die sie bisher verfügte. Insgesamt verloren die konservativen Parteien 23 Sitze, während die sozialistischen Parteien 23 gewannen; die Kommunisten, die bisher keinen Sitz hatten, errangen einen.

Der Generalgouverneur Pakistans, Ghulam Mohammed, enthob den Ministerpräsidenten Khwaja Nazimuddin „wegen Unfähigkeit“ seines Amtes und beauftragte den bisherigen Botschafter Pakistans in den Vereinigten Staaten, Mohammed Ali, mit der Bildung einer neuen Regierung. Während Mohammed Ali seine Ministerliste bereits zusammengestellt hat, weigert sich Nazimuddin, sein Amt aufzugeben.

Die Nationalistische Partei des südafrikanischen Ministerpräsidenten D. F. Malan hat bei den Parlamentswahlen 94 von 155 Sitzen erringen können. Sie hat damit die zu den geplanten verfassungsändernden Gesetzen notwendige

Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Die liberale Opposition, die United Party, erhielt 57 Sitze und die Labour Party vier Sitze.

Während einer Rede Peróns in Buenos Aires sind von bisher unbekannten Tätern auf der Plaza del Mayo zwei Bomben zur Explosion gebracht worden, durch die sechs Personen getötet und über hundert verletzt wurden. Tausende von Anhängern des Diktators zogen danach durch die Straßen, versuchten die israelische Gesandtschaft zu stürmen und steckten die Gebäude der sozialistischen, der radikalen und der konservativen Parteileitung in Brand.

Der nach Stalins Tod zum stellvertretenden sowjetischen Außenminister ernannte Jakob Malik wird Andrej Gromyko als Botschafter in London ablösen. Die britische Regierung hat Malik bereits ihr Agreement erteilt.

Bei den Wahlen zum dänischen Folketing wurden die Sozialisten mit 62 Sitzen zur stärksten Fraktion. Die Regierung trat zurück.

Der politische Berater General Tschukows für die Sowjetzone, Sonderbotschafter Semjonow, ist vom Kreml abberufen und durch den bisherigen Minister für Baustoffindustrie in der Sowjetunion, Pawel Judin, ersetzt worden. Judin war bisher gleichzeitig auch Chefredakteur der in Bukarest erscheinenden Kominform-Zeitung und hat den Ruf eines fanatischen Bolschewisten.

Die CDU hielt in Hamburg ihren vierten Bundesparteitag ab. Er fand seinen Höhepunkt mit der Rede des Bundeskanzlers, der über die Ergebnisse seiner Amerikareise berichtete.

Bei der im Wahlkreis Leer erforderlich gewordenen Ersatzwahl zum Niedersächsischen Landtag siegte der Kandidat der Unabhängigen Wählergemeinschaft. Damit hat die SPD in Niedersachsen nach Bentheim und Wittmund den dritten Wahlkreis an die Opposition verloren.

STEUERAMTS-GLÄUBIGER

Nach monatelangem Warten hatte ich es gewagt, das Finanzamt an die Bearbeitung meines Lohnsteuerück-erstattungsantrages zu erinnern. Und siehe da, schon nach wenigen Wochen flatterte mir die Antwort auf den Schreibtisch. Auf rosarotem Briefpapier, wohl versehen mit den unumgänglichen Aktenzeichen, teilte man mir, teils vorgedruckt und teils handschriftlich, mit höflichen aber entschiedenen Worten mit, daß man für die

Forum

KROATISCHE HOFFNUNGEN

Zu dem Artikel „Kroatische Hoffnungen“ in Nr. 16 des Rheinischen Merkur vom 17. April erfahren wir

sen, Jugendführer verhaftet (die Zeitschrift „Die Stafette“ ist bereits seit längerem eingestellt) - die FDJ organisiert vielmehr in der ganzen Sowjetzone

stalt der Inneren Mission für körperbehinderte Jugendliche in Magdeburg-Cracau „die Lektüre fortschrittlicher Literatur, das Anbringen von FDJ-

Schon zeichnen sich die Konturen weiterer vor-geplanter Maßnahmen ab: die Verweisung der kirch-lichen Tätigkeit auf den Kultraum allein kündigt sich z. B. an durch die in der Praxis vollzogene Umdeu-tung der Anmeldepflicht für kirchliche Veranstal-tungen in eine Genehmigungspflicht oder durch die Verdrängung des kirchlichen Einflusses auf die Ge-staltung der Morgenfeier im Rundfunk; syste-matische Einschränkung der Seelsorge durch die Vorenthaltung von Zonenpässen für Männer im Kirchendienst und das Verbot von Zuzug kirch-lichen Personals aus West-Berlin und der Bundes-republik; die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen der Kirche durch die sich mehrenden Drohungen mit Enteignung der Kirchengüter wegen Nichterfüllung des Plansolls, ferner durch Herab-setzung des Kirchenetats um 5 Millionen und durch die Abschaffung des Rechts der Kirche, Auskunft über die Kirchensteuer zu verlangen. Auch die „fort-schrittlichen Pfarrer“ werden wieder galvanisiert, an der Spitze der Hochschulprediger Lizentiat Kehn-scherper (Potsdam); aus ihren Reihen sollen ja die künftigen Manager der Staatskirche hervorgehen.

Die katholische Kirche ist bisher noch weniger hart angefaßt worden, wohl wegen ihres Diasporacharak-ters und vor allem deswegen, weil die katholischen Gläubigen in der Sowjetzone fast zur Vollzahl sozial machtlosen Schichten angehören, wirtschaftlich und gesellschaftlich gesehen sogenannte „kleine Leute“ sind, wozu noch die entwurzelten und daher im Durchschnitt zu keinem Widerstand gegen den Staat fähigen Flüchtlinge aus den Sowjetgebieten kommen. Aber auch die katholische Kirche wird nach allen Anzeichen ebenfalls bald in eine Verfolgungszeit ein-treten müssen. Die Schikanen und Verbote von Ein-kehrtagen, Exerzitien, Vorträgen mehrten sich. Erz-bischof Dr. Lorenz Jäger von Paderborn wurde poli-zeilich an einem Besuch des katholischen Priester-seminars in Halberstadt gehindert. Schon ist als erster katholischer Geistlicher des Bistums Berlin Pfarrer Franz Busch von Velten wegen „Boykott-hetze“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, und Pfarrer Friedrich Hildebrandt aus Kirchmöser bei Magdeburg ist verhaftet worden.

Die evangelischen Bischöfe der Sowjetzone haben einen Brief mit ersten Vorstellungen an General Tschuikow gerichtet. Die Bischofskonferenz der Ver-einigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutsch-lands hat am 21. April gegen die Verfolgungsmaß-nahmen und insbesondere gegen die Hetzkampagne zur Vernichtung der Jungen Gemeinde protestiert und die Verleumdung der jungen Christen zurück-gewiesen. Der Erfolg bleibt abzuwarten; die Ent-scheidung dürfte bei Moskau liegen.

Zerstörte Illusionen

Was sagen aber die führenden Illusionäre, die so lange voll Optimismus über die Zukunft der Kirche in der „östlichen Demokratie“ gewesen sind, zu die-ser Entwicklung? Dr. Heinemann hat sich zur Ver-teidigung verhafteter Geistlicher angeboten. Er wurde kurz abgewiesen. Karl Barth, der noch immer zu glauben scheint, man könne die östlichen Macht-haber durch Argumente erweichen, gab dem Staats-sicherheitsminister der Sowjetzone, Zäiser, in einem Brief zu bedenken, daß bei einer Fortdauer der kirchenfeindlichen Maßnahmen „die ausgesprochenen Gegner der östlichen Staaten und Regierungsformen“ mit ihrer Behauptung recht behalten würden, es könne „im Machtbereich der Deutschen Demokra-tischen Republik wie einst im Machtbereich des nationalsozialistischen Staates nur eine der offiziel-len Kulturdoktrin gleichgeschaltete unfreie und un-christliche Kirche legitimen Bestand haben“. Nun, genau eine solche Kirche wünscht sich Herr Zäiser. Und Niemöller, der einst erklärt hat, er ziehe „die sowjetische Diktatur über ganz Deutschland einer dauernden Spaltung Deutschlands vor“? Es heißt, er sei tief enttäuscht gewesen, daß er gelegentlich seines letzten Besuchs bei der Sowjetzonenregierung von Ulbricht grob behandelt wurde und daß sein Ver-such, den Gläubigen aus der Sowjetzone die Erlaub-nis zum Besuch des Hamburger Kirchentags zu ver-schaffen, vergeblich blieb. Auch hat er geäußert, es zeige sich in der Sowjetzonenrepublik immer stärker die Tendenz, die Kirche nach dem Muster der rus-sischen Orthodoxie zu einer „reinen Kultkirche“ zu machen. Es scheint ihm also, was er für die Ortho-doxie bei seinem Moskauer Besuch recht fand, für die evangelische Kirche doch nicht ganz so billig zu sein. Wird aber Niemöller noch den Mut finden, Verfolgung zu nennen, was Verfolgung ist? Es wäre eine Schande, die bittere Not christlicher Jugend und christlicher Wortverkündigung mit hochtrabenden scheintheologischen Formeln von „Tendenz zur reinen Kultkirche“ und so fort zu verkleistern. Die Zeit der Verharmlosung ist, wie Bundestagspräsi-dent Oberkirchenrat Dr. Ehlers in einem wichtigen Presseartikel betont, heute vorbei. Was zur Entschei-dung steht, ist Christ und Antichrist. Es gibt jetzt keine Ausflucht mehr, weder für dialektische noch für politisierende Theologen.

RESUMEE

DER VERGANGENEN WOCHEN

Als Antwort auf die sowjetischen Friedens-gesten entwickelte Präsident Eisenhower in einer Rede vor den amerikanischen Zeitungs-verlegern in Washington einen Friedensplan, der in dem Vorschlag gipfelte, einen gemeinsamen Fonds für internationale Hilfe und den Wieder-aufbau der Welt zu gründen, zu dem alle Staa-ten beitragen sollen. Voraussetzung hierfür sei der Abschluß eines ehrenhaften Waffenstillstan-des in Korea, die Beendigung der direkten und indirekten Angriffe auf die Sicherheit in Indo-china und Malaya und die Durchführung der all-gemeinen Abrüstung.

Die Unterhändler der Vereinten Nationen und der kommunistischen Streitkräfte in Korea haben vereinbart, die im Oktober vergangenen Jahres abgebrochenen Waffenstillstandsver-handlungen am 25. April wiederaufzu-nehmen.

Bei den Wahlen zum japanischen Ab-geordnetenhaus hat die Liberale Partei des Ministerpräsidenten Yoshida 199 Sitze erhalten und somit die absolute Mehrheit verloren, über die sie bisher verfügte. Insgesamt verloren die konservativen Parteien 23 Sitze, während die sozialistischen Parteien 23 gewannen; die Kommu-nisten, die bisher keinen Sitz hatten, errangen einen.

Der Generalgouverneur Pakistans, Ghulam Mohammed, enthob den Ministerpräsidenten Khwaja Nazimuddin „wegen Unfähigkeit“ seines Amtes und beauftragte den bisherigen Botschaf-ter Pakistans in den Vereinigten Staaten, Mo-hammed Ali, mit der Bildung einer neuen Re-gierung. Während Mohammed Ali seine Minister-liste bereits zusammengestellt hat, weigert sich Nazimuddin, sein Amt aufzugeben.

Die Nationalistische Partei des südafrika-nischen Ministerpräsidenten D. F. Malan hat bei den Parlamentswahlen 94 von 155 Sitzen er-ringen können. Sie hat damit die zu den geplan-ten verfassungsändernden Gesetzen notwendige

Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Die liberale Opposition, die United Party, erhielt 57 Sitze und die Labour Party vier Sitze.

Während einer Rede Peróns in Buenos Aires sind von bisher unbekannten Tätern auf der Placa del Mayo zwei Bomben zur Ex-plosion gebracht worden, durch die sechs Per-sonen getötet und über hundert verletzt wurden. Tausende von Anhängern des Diktators zogen danach durch die Straßen, versuchten die israeli-sche Gesandtschaft zu stürmen und steckten die Gebäude der sozialistischen, der radikalen und der konservativen Parteileitung in Brand.

Der nach Stalins Tod zum stellvertretenden sowjetischen Außenminister ernannte Jakob Malik wird Andrej Gromyko als Botschafter in London ablösen. Die britische Regierung hat Malik bereits ihr Agreement erteilt.

Bei den Wahlen zum dänischen Folketing wurden die Sozialisten mit 62 Sitzen zur stärk-sten Fraktion. Die Regierung trat zurück.

Der politische Berater General Tschuikows für die Sowjetzone, Sonderbotschafter Semjo-now, ist vom Kreml abberufen und durch den bisherigen Minister für Baustoffindustrie in der Sowjetunion, Pawel Judin, ersetzt worden. Judin war bisher gleichzeitig auch Chefredakteur der in Bukarest erscheinenden Kominform-Zeitung und hat den Ruf eines fanatischen Bolschewisten.

Die CDU hielt in Hamburg ihren vierten Bundesparteitag ab. Er fand seinen Höhepunkt mit der Rede des Bundeskanzlers, der über die Ergebnisse seine Amerikareise berichtete.

Bei der im Wahlkreis Leer erforderlich gewordenen Ersatzwahl zum Niedersächsischen Landtag siegte der Kandidat der Unabhängigen Wählergemeinschaft. Damit hat die SPD in Niedersachsen nach Bentheim und Witt-mund den dritten Wahlkreis an die Opposition verloren.

STEUERAMTS-GLÄUBIGER

Nach monatelangem Warten hatte ich es gewagt, das Finanzamt an die Bearbeitung meines Lohnsteuerrück-erstattungsantrages zu erinnern. Und siehe da, schon nach wenigen Wochen flatterte mir die Antwort auf den Schreibtisch. Auf rosarotem Briefpapier, wohl versehen mit den unumgänglichen Aktenzeichen, teilte man mir, teils vorgedruckt und teils handschriftlich, mit höf-lichen aber entschiedenen Worten, mit, daß man für die Bearbeitung dieser Anträge noch keine Zeit gefunden hätte. Vermutlich werde man aber schon im nächsten Monat damit beginnen, allein durch welche Ver-zögerungsschreiben könnte die Bearbeitung nur verzögert werden. Dieses freundliche Schreiben brachte mir eine schlimme Nacht ein. Ich träumte nämlich, ich hätte in einem Zustand gänzlicher Unzurechnungsfähigkeit dem Finanzamt auf seine Steuermahnung geantwortet, daß ich zum Steuerzahlen noch keine Zeit gefunden hätte und durch weitere Mahnungen die Zahlung nur verzögert würde. Jeder säumige Steuerzahler wird schon wissen, daß dieser Traum nicht erfülllich enden konnte. Als ich angstschweißgebadet erwachte, freute ich mich, daß es nur ein Traum gewesen war. Wie glücklich darf sich das Finanzamt schätzen, daß selbst seine Gläubiger sich noch als seine Untertanen fühlen. Sein Schlaf wird daher wohl nicht durch so schlimme Träume gestört werden, und es braucht also - getreu dem Grundsatz: „Was dem einen recht ist, ist dem andern noch lange nicht billig“ - seine sehr verschie-denen Gangschaltungen in den Abteilungen Steuer-„Einzug“ und Steuer-„Erstattung“ keineswegs zu ändern.

R. H., Rheinland

AUSBEUTUNG DER EIFEL?

Zu dem Beitrag „Ausverkauf der Vulkaneifel“ in Ihrer Nr. 8: Von einem Ausverkauf kann keine Rede sein. Von den weit über hundert Vulkanvorkommen des Kreises werden noch keine zehn industriell ausge-beutet. Es trifft auch nicht zu, daß nennenswerte Wald-bestände abgeholzt wurden. Kahlschläge gehen auf Kriegs- und Nachkriegsschäden zurück. Die Steineber-ger Ley, um deren Basaltvorkommen es geht, weist keinen Weg zu dem erwähnten Ringwall auf und wird nachweislich jährlich von keinen zehn Besuchern auf-gesucht. Wird aber der Steinbruch stillgelegt, so sind fünfzig Steineberger pro Woche mit 2000 DM zu unter-stützen! Dabei ist Steineberg die ärmste Gemeinde des Kreises! Allgemein gesagt, ist der Kreis Daun Not-standsgebiet und weist die höchste Arbeitslosenziffer des Landes auf. Wie bereits im Wirtschaftsteil dieser Zeitung ausgeführt wurde, gehen die Bimsvorräte des Neuwieder Beckens einmal zu Ende, und das Nächst-liegende ist, daß sie durch die Eifeler Vulkansande ersetzt werden. Darüber hinaus verwahren wir Eifler uns dagegen, wie in einem Naturschutzreservat konserviert zu werden. Zuerst kommt der Mensch, der ein Recht hat, menschenwürdig zu leben und an der kulturellen Entwicklung teilzunehmen genau wie der ihn be-suchende Städter.

Dr. B. Dohm, Daun

Forum

KROATISCHE HOFFNUNGEN

Zu dem Artikel „Kroatische Hoffnungen“ in Nr. 16 des „Rheinischen Merkur“ vom 17. April erfahren wir vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, daß die zu der Feier des „Kroatischen Nationalkomitees“ eingeladenen Bundesminister in gleichlautenden rou-tinemäßigen Antwortschreiben abgesagt und keinerlei Glückwünsche ausgesprochen haben.

MÖGLICHT SACHLIEFERUNGEN

Herr Dr. V. Muthesius hat in dem Artikel „Unfrei-williger Kapitalexpport“ („Rheinischer Merkur“ vom 6. März 1953) Bedenken geäußert, daß die deutschen Ex-porte künftighin möglicherweise nicht auf einer er-wünschten Höhe gehalten werden könnten, falls man nicht rechtzeitig Mittel und Wege fände, um den Aus-landskunden langfristige Kredite einzuräumen. Dies setze die Schaffung eines Kapitalmarktes in West-deutschland voraus.

Es ist klar, daß der Bund auf Grund der Bestim-mungen des Londoner Abkommens mit den Auslands-gläubigern verpflichtet ist, auch unabhängig vom Vor-handensein eines Kapitalmarktes, Kapitalzahlungen in bestimmter Jahreshöhe an das Ausland zu leisten. Ich erblicke nun aber in dieser Verpflichtung des Bundes eine äußerst schwerwiegende Vorbelastung für den noch zu schaffenden deutschen Kapitalmarkt und hege die Befürchtung, daß die auf diesem Kapitalmarkt zum Angebot kommenden Auslandsdevisen zu einem ganz beträchtlichen Teil seitens des Bundes für die Amortisationsquoten an die Auslands-gläubiger abge-schöpft werden. Hierdurch wäre natürlich die Lei-stungsfähigkeit des Kapitalmarktes hinsichtlich des Angebots an Auslandsdevisen für die Privatwirtschaft von vornherein beträchtlich verringert.

Es wirft sich daher die Frage der Zweckmäßigkeit einer - teilweisen oder gänzlichen - Abgeltung der deutschen Auslandsschulden durch Sachlieferungen auf. Dabei könnte der Wiedergutmachungsvertrag mit Israel als Vorlage dienen. An einer Abgeltung der Forder-ungen durch deutsche Sachlieferungen dürften besonders diejenigen Staaten interessiert sein, die in ihren noch unterentwickelten Gebieten langfristige Investitions-programme durchzuführen gedenken. Eine derartige Regelung würde auf alle Fälle den künftigen deutschen Kapitalmarkt von der gewaltigen Nachfrage der Bundes-Amortisationskasse für Auslandsschulden nach Auslandsdevisen befreien. Infolgedessen würden die auf dem Kapitalmarkt zum Angebot gelangenden Auslands-devisen praktisch ausschließlich der deutschen Privat-wirtschaft zur Verfügung stehen. F. Stolp, Salzburg

Wer hat recht?
27.4.53